Die neue italienische Archivordnung.

Von Dr. Jvo Striedinger, k. Reichsarchivrat.

Das Gesetz- und Verordnungsblatt des Königreichs Italien veröffentlicht in seiner Nr. 1163 das „Regolamento per gli archivi di Stato“ samt Einführungsdekret, welches letzteres unter dem 2. Oktober 1911 die königliche Unterschrift erhalten hat. Einen gleichlautenden Abdruck enthält die Gazzetta Ufficiale vom 8. November 1911 (No. 260) auf S. 7229 bis 7252. Im Buchhandel am leichtesten zu haben dürfte die Ausgabe in der allerdings ganz schlecht ausgestatteten Biblioteca legale sein.¹⁾

Die „Archivalische Zeitschrift“ könnte sich mit dieser kurzen Feststellung begnügen, wenn nicht die in der italienischen Archivordnung vorliegende Zusammenfassung des ganzen Stoffes für andere Staaten anregend und in gewissem Sinne vorbildlich de lege ferenda wirken könnte.

Die Archivordnung, von der wir ausgehen, zerfällt in 5 Titel mit zusammen 126 Artikeln. Tit. I befaßt sich mit der Einteilung der Archive. Sämtliche Staatsarchive und die Provinzialarchive von Neapel und von Sizilien unterstehen demnach dem Ministerium des Innern (Art. 1); demselben ist ein Archivrat, bestehend aus einem Vorsitzenden, 12 Beiräten, dem Chef der Ministerialabteilung für die innere Verwaltung, dem Personalreferenten und höchstens 7 Ehrenmitgliedern aus dem Kreise der Gelehrten, beigegeben (Art. 2). Der Beirat begutachtet die über das Archivwesen zu erlassenden Gesetze und Verordnungen, die Fragen der Einrichtung und des Betriebs, die Ordnungsarbeiten und deren Veröffentlichung und die Vorschläge über die Ernennung der Archivvorstände (Art. 3). Für alle übrigen Personalangelegenheiten, die Disziplinargegenstände und unaufschiebbliche Geschäfte besteht ein ständiger Ausschuß des Beirats, der sich aus einem Vorsitzenden, drei ordentlichen Mitgliedern, dem obengenannten Abteilungschef und dem Personalreferenten zusammensetzt (Art. 7 u. 8).

Titel II: Personal.²⁾ Vorbedingung für die Aufnahme in den

¹⁾ Neapel, Casa editrice E. Pietrocola Successore P. A. Molina, Via Portamedina alla Pignasecca 44. Ich gebe die Adresse dieses Privatunternehmens so genau, weil eine Bestellung der betreffenden Nummer der Gazzetta Ufficiale ohne jede Antwort von seiten der Administration geblieben ist.

²⁾ Das gesamte Personal der 19 staatlichen Archive des König-

höheren Archivdienst ist: Doktorat in Jurisprudenz oder Philosophie oder aber Absolvierung des Lehrgangs für historische Hilfswissenschaften am Istituto di studi superiori in Florenz (Art. 19). Der Vorbereitungsdienst (Art. 22) dauert mindestens 6 Monate und die Aspiranten haben eine Archivschule durchzumachen (Art. 23). Die Archivschulen sind mit einzelnen, vom Ministerium zu bestimmenden Staatsarchiven verbunden (Art. 58) und auch Außenstehenden, die eine entsprechende Vorbildung besitzen, zugänglich; die Lehrzeit dauert zwei Jahre, umfaßt jährlich wenigstens 90 Stunden und schließt mit einem Examen (Art. 61-63). Überhaupt die Examina! Nicht allein die Anstellung, auch jede Beförderung beruht auf einem äußerst verwickelten System von Konkursen und Prüfungen, das sichtlich auf französische Muster zurückgeht und hier um so weniger Gegenstand der Darstellung zu sein braucht, als seine Übertragung auf deutsche Verhältnisse in keiner Weise in Frage kommen kann. Die Beilagen zum „Regolamento“ führen nicht weniger als sechs verschiedene Prüfungen auf: bei der Einförmigkeit des archivalischen Stoffes kann es nicht ausbleiben, daß in all den sechs Examensfällen im wesentlichen das Nämliche geprüft wird, nur bald mehr bald weniger eingehend. Die juristischen und selbst die rein geschichtlichen Fächer treten hinter Paläographie, Diplomatie und Archivkunde weiter zurück, als es in den entsprechenden bayerischen Vorschriften der Fall ist. Indes sind in Italien die Prüfungsergebnisse bei Beförderungen nicht ausschließlich maßgebend: dienstliche Leistungen und wissenschaftliche Veröffentlichungen (Art. 30!) werden gleichfalls in Betracht gezogen, das Dienstalter entscheidet nur in einem bestimmten Prozentsatz der Fälle, ausgezeichnete Qualifikation gibt meist den Vorzug und ist zur Erreichung der höchsten Stellen geradezu Bedingung (Art. 28). Die mittleren Beamten (Art. 19) müssen vor ihrem Eintritt die Licenza ginnasiale nachweisen, die ungefähr unserem Einjährigengzeugnis entspricht, d. h. die Berechtigung darstellt, nach fünf Gymnasialjahren an das Lyzeum (worunter die drei obersten Gymnasialklassen verstanden sind) überzutreten. In den Prüfungen werden auch von dieser Beamtenkategorie, der der „Aiutanti“, die Anfangsgründe der Archivwissenschaften gefordert; die Aiutanti können, wenn sie sich gut bewährt haben und eine der Voraussetzungen nachträglich erfüllen, in den höheren Archivdienst aufrücken, d. h. zunächst sich an der Prüfung für den Grad des 1. Archivars beteiligen (Art. 33). Daran schließen sich dann

reichs beträgt bei einer Bevölkerung von rund 35 Millionen 304; hiervon sind 120 höhere, 104 mittlere Beamte und 80 Diener (die entsprechenden Zahlen für Bayern sind: 6 Millionen Einwohner, 34 höhere Beamte, 15 Kanzleibeamte, 12 Diener); die stärkste Besetzung haben Neapel (38), Rom (36), Turin und Florenz (je 31), Palermo (28), Mailand (26), Venedig (23); es folgen: Genua (12), Bologna und Modena (je 11), Mantua und Parma (je 8), Lucca und Cagliari (je 7), Reggio Emilia und Pisa (je 6), Brescia, Massa und Siena (je 5).

Einzelbestimmungen, wie: Die Vorgesetzten müssen ihre Eintragungen in die Qualifikationslisten, soweit sie Fleiß und Betragen betreffen, vor der Einsendung an das Ministerium den beurteilten Untergebenen zur allenfallsigen Erinnerungsabgabe mitteilen (Art. 45); bei der Geschäftsverteilung ist u. a. darauf zu sehen, daß die Beamten behufs Erlernung der einzelnen Dienstzweige von Zeit zu Zeit ihre Dienstaufgaben wechseln (Art. 47); die Dienstzeit beträgt werktags wenigstens sieben Stunden (Art. 48); Überstunden können im Bedarfsfalle gefordert werden (ebda. u. Art. 30); ausdrücklich verboten ist den Archivbeamten u. a., bei Privaten eine Stelle als Archivar, Bibliothekar oder Sekretär anzunehmen, Autographen, Urkunden oder Handschriften zu sammeln oder zu vertreiben, — privatim genealogische oder heraldische Nachforschungen zu übernehmen, — ja sogar im Amt Besuche zu empfangen (Art. 50).

Der Dienst wird in Titel III behandelt. Die Akten der Zentralstellen gehören in das Reichsarchiv (Archivio del Regno); die Zentralakten der dem heutigen Königreich vorausgegangenen Staaten sind in den Staatsarchiven der ehemaligen Hauptstädte zu verwahren (Art. 65). Die Akten und Urkunden der übrigen Behörden und Körperschaften, einschließlich der aufgehobenen, werden in dem Staatsarchiv, das sich in der Hauptstadt der betreffenden Provinz befindet, vereinigt; fehlt ein solches Staatsarchiv, so werden die Archivalien bei anderen Ämtern aufbewahrt, jedoch müssen Abschriften der summarischen Verzeichnisse in dem für zuständig erklärten Staatsarchiv hinterlegt werden (Art. 66). In Zukunft sind alle neuen Zugänge zu sondern in: 1. Gerichtsakten, 2. Verwaltungsakten, 3. Notariatsakten und 4. Sonstiges, und innerhalb jeder Abteilung werden sie nach Amt, Gericht, Verwaltungsbehörde, Körperschaft, Notar, Familie oder Person in historischer Reihenfolge aufgestellt (Art. 68 Abs. 1, 2). Das Provenienzsystem, das gerade in Italien früher häufig durchbrochen worden ist, wird damit, wenigstens für die Neuerwerbungen, gesetzlich festgelegt.

Von den Aktenausscheidungen handeln Art. 68 Abs. 5, Art. 69 und Art. 70. Ohne vorherige Begutachtung durch den Archivbeirat darf keine Ausmusterung von Schriftstücken, die einmal in die Inventare aufgenommen sind, stattfinden. Für Aktenausscheidungen bei Behörden werden Kommissionen eingesetzt, denen jeweils der zuständige Archivdirektor oder ein von ihm bestellter Vertreter angehören muß. Die endgültige Entscheidung über das, was auszuscheiden sei, steht dem Ministerium des Innern zu: dasselbe bestimmt zugleich, ob die auszuscheidende Masse verbrannt, eingestampft oder ohne Beschränkung veräußert werden soll. Von den Registraturen der Gerichte und Verwaltungsbehörden werden — mit den in Art. 72 bestimmten Ausnahmen — alle seit mehr als 10 Jahren erledigten Akten an die Archive abgegeben, soweit es der dort verfügbare Raum erlaubt — eine bei dem bekanntermaßen herrschenden Platzmangel tatsächlich sehr beträchtliche Einschränkung! Das abgebende Amt ist zur vorherigen Einreichung eines Verzeichnisses verpflichtet und muß seine

Akten in Übereinstimmung damit und in guter Ordnung übergeben. Länger als 10 Jahre verbleiben an ihrem Entstehungsorte: 1. Geheimakten, und zwar so lange, als es das dem betreffenden Amte vorgesetzte Ministerium für angezeigt hält; 2. Urteile der höheren Gerichte (30 Jahre); 3. die standesamtlichen Bücher nach Maßgabe der darüber bestehenden Verordnung vom Jahre 1865 (Art. 72).

Die nicht unbegründete Scheu vor der Übernahme von Depots kennt die italienische Archivordnung nicht. Sie bindet den Abschluß eines Verwahrungsvertrages an ministerielle Bewilligung und verlangt nur, daß die Rückforderung an zwei Hauptbedingungen geknüpft werde: Belassung des betreffenden Bestandes innerhalb des Landes und Verwahrung in guter Ordnung, beides natürlich unter Wahrung eines entsprechenden Aufsichtsrechtes der Archivbehörde (Art. 71). Für jahrelange Aufbewahrung, Repertorisierung und Verwaltung ist eine andere Gegenleistung nicht vorgesehen, nicht einmal ein Anspruch auf weitere Zugänglichkeit und Benützbarkeit.

Von den Gemeinde- und Stiftungsarchiven handeln die Art. 73 und 74: Die Provinzen, die Gemeinden, die weltlichen und die geistlichen Körperschaften und ihre Nebenstellen sind verpflichtet, ihre Archive in guter Ordnung aufzubewahren, und eine Abschrift des Inventars dem Staatsarchiv, in dessen Bezirk sie gehören, und eine zweite dem Staatsarchiv in Rom einzureichen; wird eine dahin zielende Anforderung nicht innerhalb einer unerstreckbaren Frist befolgt, so werden Ordnung und Verzeichnung durch die Regierung und auf Kosten des Eigentümers hergestellt; Aktenausscheidungen sind in solchen Archiven nur mit Erlaubnis des Präfekten zulässig, der sie nur gestatten darf, soweit sie der einzuvernehmende Staatsarchivvorstand unbedenklich findet.

Beachtung verdienen die Bestimmungen über Archivalien in Privatbesitz. Der diesbezügliche Artikel (76) trägt allerdings nur den Akten und Urkunden Rechnung, die bei einer öffentlichen Verwaltungsstelle entstanden sind, und ordnet deren Rückerwerb sei es auf dem Wege des Kaufes oder der Vindikation (wenn nötig mit gerichtlicher Beihilfe) an: allein er ist so gefaßt, daß er wohl einmal zum Ausgangspunkt einer weitergehenden Beaufsichtigung aller im Privatbesitz und im Handel befindlichen Archivschätze gemacht werden könnte.

Es folgen die Vorschriften über Offenlegung der Archivalien (Art. 77—82). Grundsatz ist: die in den Archiven verwahrten Akten sind öffentlich. Ausgenommen sind: 1. nach 1815 entstandene vertrauliche und geheime Akten, die amtliche Mitteilungen und Urteile über das Leben bestimmter Personen enthalten; 2. seit 1830 entstandene Akten über die auswärtige Politik und die Hauptverwaltung der Staaten, aus denen das Königreich gebildet wurde; 3. Strafakten, die noch nicht 70 Jahre lang abgeschlossen sind; 4. Verwaltungsakten, deren Gegenstand noch nicht 30 Jahre zurückliegt; 5. Privatakten, die noch nicht 50 Jahre alt sind. Die Normaljahre gelten natürlich nicht für Akten, zu deren Einsichtnahme Dritte ein Recht oder eine Verpflichtung haben diese Fälle sind in Art. 78, wohl nicht ganz erschöpfend, auf-

gezählt und sind außerdem aufgehoben für alle Akten, die ausschließlich geschichtlichen, literarischen oder sonst wissenschaftlichen Inhalt haben. Weitere Ausnahmen kann das Ministerium zulassen, wie es andererseits auch hinsichtlich der oben unter 2 genannten Archivbestandteile Beschränkungen ohne Rücksicht auf das Normaljahr einführen kann, wenn die Archivleitung Bedenken gegen die Vorlegung geltend macht. Mit anderen Worten: auch in Italien überhebt die Festsetzung von Normaljahren den Archivar nicht der Verpflichtung, in fast jedem Falle die verlangten Akten auf ihre Vorlegbarkeit zu prüfen. Für ihre eigenen Arbeiten genießen die Beamten keinerlei Vorrechte in Bezug auf gesperrte Bestände.

Die Archivalienversendung (Art. 83) ist außerordentlich stark beschränkt. Außer den Gerichten hat nur eine ganz eng begrenzte Zahl von höchsten Staatsstellen -- die Minister, der Staatsrat, der Oberste Rechnungshof und das Kronfiskalat -- das Recht, innerhalb ihres Geschäftskreises Aktenzusendung zu verlangen. Sie müssen ihren Antrag schriftlich stellen, und dem Archivdirektor bleibt es überlassen, ob er nicht statt der Originale beglaubigte Abschriften senden oder der veranlassenden Stelle die Abordnung eines Beamten behufs Einsichtnahme nahelegen will. Die Rückforderung der länger als ein Vierteljahr ausstehenden Archivalien geschieht durch das vorgesetzte Ministerium, dem zu diesem Behufe alljährlich einmal ein Auszug aus dem Ausleihbuche vorgelegt wird. Für wissenschaftliche Zwecke Privater wird nur „ausnahmsweise und mit Ermächtigung des Ministeriums des Innern“ und zwar nur an die seinem Geschäftskreise unterstehenden Archive versendet.

Auch die übrigen Vorschriften über Archivbenutzung Privater muten, namentlich im Vergleich mit den neuzeitlichen deutschen Bestimmungen, einigermaßen altertümlich an. Hauptsächlich wegen des vorgeschriebenen Gebrauchs von Stempelpapier (50 c.) und der Forderung von Gebühren. Zwar die rein wissenschaftliche Archivbenutzung ist stempel- und gebührenfrei (Art. 91), aber solche Freiheit ist widerwärtig und an eine Reihe von erschwerenden Auflagen geknüpft: sie wird jeweils nur für einen bestimmt angegebenen Zweck und auf Zeit erteilt und muß alljährlich und außerdem beim Wechsel des Zweckes neu erbeten werden. Für wissenschaftliche Forschungen besteht eine weitere Erleichterung darin, daß mit direktorialer Bewilligung private Abschreiber verwendet werden dürfen (Art. 92).

Alle übrigen Archivbenutzungen Privater, einschließlich der genealogischen (Art. 86), sind gebührenpflichtig und die Herstellung von Abschriften geschieht amtlich. Die Gebühren (Art. 85) sind hoch; sie betragen bei genauer Angabe der begehrten Stücke, neben dem Stempel, 1 L., für Nachforschungen (Recherchen) berechnet sich der Betrag nach der hierfür verwendeten Zeit, und zwar kostet die Stunde 2 L.! Auch Fehlanzeigen, für die die vorsichtige Formel „non si trova“ vorgeschrieben ist, unterliegen einer Gebühr von 1--2 L. (Art. 85, 89). Die Gebühren für Abschriften sind abgestuft je nach der Schwierig-

keit, dem Alter, der Sprache, der Schrift — deutsche Vorlagen z. B. kosten den höchsten Satz — und variieren zwischen 1 bis 4 L. pro Seite¹⁾; für die Kopierung von Zeichnungen und Plänen ist 2 L. Stundenlohn zu bezahlen (Art. 87). Wer es vorzieht, Archivalien durch einen der Leitung genehmen Photographen aufnehmen zu lassen, schuldet 5 L. für jede Seite; für Pausen gilt der gleiche Satz — und wenn Beglaubigung verlangt wird, so wird nicht die Übereinstimmung mit der Vorlage, sondern lediglich die Tatsache bestätigt, daß die Aufnahme oder Pause nach dem im Archiv befindlichen Originale hergestellt ist (Art. 88). Die Beglaubigung von Wappen und Siegeln kostet 2 L.; ausgeschlossen ist die Beglaubigung von Stammbäumen, die von Privaten aufgestellt sind (Art. 89). Abschriften von einzelnen Teilen einer Urkunde, Auszüge und ähnliches werden nur ausnahmsweise und mit gewissen Einschränkungen geliefert (Art. 90). Eine Reihe von Artikeln (93–100) befaßt sich mit der Gebührenfreiheit, die bei Staatsbehörden und außerdem dann eintritt, wenn die archivalische Nachforschung auch mit im staatlichen Interesse liegt, ferner mit der Einhebung der Gebühren und damit zusammenhängenden Formalitäten.

Nun folgen unter der Überschrift „Innerer Dienst“ unter anderem das fast selbstverständliche Verbot, im Archiv zu rauchen und die Magazinräume mit Feuer oder Licht zu betreten (Art. 101), dann Bestimmungen über Extraditionen und deren Einordnung (Art. 102 f.), Vorschriften für den Aushebendienst (Art. 104) und eine Art Benützer-Ordnung (Art. 106–111). Aus dem etwas bunten Inhalt dieses Nachtrags sei Folgendes hervorgehoben. Archivalienübergaben müssen von Verzeichnissen begleitet sein, die vom Vorstand der übergebenden Stelle zu unterzeichnen sind; auch muß die zu übergebende Masse nach Jahren und Betreffen geordnet und mit Nummern versehen sein, die mit denen des Verzeichnisses übereinstimmen. Die Kosten trägt das übergebende Amt. An der Stelle, wo ein Stück ausgehoben wird, ist ein Zettel einzulegen mit der Angabe von wem, wann und wozu? Für die Mitglieder der staatlich anerkannten Historischen Kommissionen und der Akademien des Landes sollen womöglich gesonderte Benützungsräume eingerichtet werden, wo sie mit gewissen formellen Erleichterungen ihren wissenschaftlichen Archivbenützungszwecken obliegen können; diese Bestimmung ist getroffen, damit auch für jene bevorzugte Benutzerklasse jede Versendung, sei es auch nur in unmittelbar benachbarte Räume, vermieden werden kann. Der allgemeine Benützerraum ist außer an Festtagen mindestens fünf Stunden täglich offen zu halten. Die Benutzer dürfen aus der Amtsbibliothek Bücher, die sie zu ihren Forschungen benötigen, erbitten; alljährlich findet ein Sturz der Amtsbibliothek statt; Mitnehmen von Büchern ist nur den Angestellten des Archivs gestattet, die Ausleihefrist beträgt in diesem Falle höchstens zwei Monate. Dienst- und Benützungsordnung können

¹⁾ Selbst die Blattgröße ist bestimmt: 307×425 mm, 25 Zeilen auf jeder Seite, drei Achtel Rand, der nicht beschrieben werden darf (Ges. v. 4. 7. 1897).

von dem Vorstande durch weitere Bestimmungen, die jedoch der ministeriellen Genehmigung zu unterbreiten sind, ergänzt werden.

Der nächste Titel (IV) befaßt sich mit der Werkstätte zur Wiederherstellung von verletzten und verdorbenen Archivalien. Sie ist mit dem Hauptarchiv des Königreichs verbunden, dient gleichzeitig den entsprechenden Bedürfnissen der staatlichen Bibliotheken und steht unter einem Archivbeamten, der verpflichtet ist, die ihm etwa verbleibende Zeit dem regelmäßigen Dienste zu widmen (Art. 112); technische Hilfskräfte stehen ihm zur Seite und werden mit Dekret des Ministeriums angestellt und entlassen (Art. 116).

Der letzte Titel (V) endlich betrifft die Provinzialarchive¹⁾ von Neapel und von Sizilien und bezweckt die analoge Anwendung aller vorausgehenden Bestimmungen. Sie werden nicht vom Staate, sondern von den Provinzen unterhalten, stehen unter der Dienstaufsicht des Präfekten und haben ihr eigenes Personal; jedoch ist bei der Bewerbung um die höheren Stellen an den Provinzialarchiven die Beteiligung der angestellten Archivare des übrigen Königreichs ausdrücklich vorgesehen (Art. 123). Auch ist an ihre schließliche Umwandlung in Staatsarchive gedacht (Tit. I Art. 14). —

Wir sind am Schlusse. Es dürfte — was vielleicht aus unserem durch Raumrücksichten beschränkten Auszuge nicht mit voller Deutlichkeit hervorgeht — in der italienischen Archivordnung wohl kaum ein wichtiger Punkt übersehen sein; sie ist eine gesetzgeberische Arbeit, die gegen die früheren Verhältnisse, über die Lulvès in *Korr.-Bl. des Ges.-V.* 56 (1908) Sp. 429—446 zu vergleichen wäre, einen wesentlichen Fortschritt bedeutet. Die Frage liegt nahe, wem die geistige Vaterschaft des Entwurfs zuzuschreiben ist, und da fügt es sich glücklich, daß die Antwort in dem neuesten Jahresbericht des Mailänder Staatsarchivs²⁾ bequem zur Hand ist. Drei Namen, wohlbekannt und von gutem Klange, werden uns da genannt: Bonaini, Guasti, Villari.

¹⁾ Es sind ihrer etwa 20; über ihren Ursprung und Zweck vergl. *Korr.-Bl. d. Ges.-V.* 56 (1908) Sp. 439 f.

²⁾ Vergl. die Besprechung des vorigen *Annuario* in *Archiv. Z.* N. F. 18, 316 f. Der neue Jahrgang gleicht in seiner Anordnung dem vorausgehenden und liefert insbesondere in seinen Vorbemerkungen zu den Berichten über Neuordnung und Inventarisierung ein fesselndes Stück Archivgeschichte, sowie außerdem im Anhang einen Aufsatz von N. Ferorelli über „L'Archivio Camerale“ und den diesjährigen Festvortrag von Giov. Vittani über „Il primo governo austriaco nei rapporti dell' insegnamento della diplomatica in Lombardia“. — Ich benütze diese Gelegenheit mit Vergnügen zu einer Richtigstellung meiner ebenda (S. 310—316) abgedruckten Besprechung des Datini-Archivs: Comm. Giov. Livi hat nämlich die Güte gehabt, mich durch Übersendung der Photographien davon zu überzeugen, daß die von ihm gegebenen Lesungen richtig sind und meine gegenteilige Vermutung nur in der Unvollkommenheit der zinkographischen Wiedergabe begründet war.